

Substanzielles Protokoll 142. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. Januar 2017, 21.00 Uhr bis 23.14 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Asja Rentsch

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Maleica Landolt (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Mario Mariani (CVP), Marcel Müller (FDP), Reto Rudolf (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 8. | 2016/177 | Weisung vom 25.05.2016:
Elektrizitätswerk, Energieverbund Altstetten und Höngg-West,
Kapitalisierung Projektgesellschaft Limmat Energie AG,
Objektkredit, Abschreibung Postulat und Motion | VIB |
| 9. | 2016/323 | Weisung vom 28.09.2016:
Postulat von Simon Kälin (Grüne), Andreas Edelmann (SP) und
39 Mitunterzeichnenden betreffend Wasserversorgung Zürich,
Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea», Bericht und
Abschreibung | VIB |
| 10. | 2016/334 | Weisung vom 05.10.2016:
Postulat der Grüne-Fraktion betreffend Beitritt zur «Blue
Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungs-
zusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, Bericht und
Abschreibung | VIB |
| 11. | 2016/337 | Weisung vom 05.10.2016:
Elektrizitätswerk, Museum Haus Konstruktiv, Stiftung für
konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst, Sponsoring-
beiträge 2017–2019 | VIB |
| 12. | 2016/362 | E/A Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 26.10.2016:
ewz, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für neue
Energiedienstleistungsprojekte | VIB |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 13. | 2016/363 | E/A | Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 26.10.2016: ewz, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für Beteiligungen an Energieerzeugungsanlagen mit erneuerbarer Energieproduktion | VIB |
| 15. | 2016/468 | E/A | Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 21.12.2016: Verlängerung der Haltestelle Glaubtenstrasse stadtauswärts an der Wehntalerstrasse | VIB |
| 16. | 2017/2 | E | Postulat von Mario Mariani (CVP), Mathias Manz (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 11.01.2017: Freilager-Areal in Albisrieden, bessere Anbindung an das Busnetz | VIB |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

2646. [2016/177](#)
**Weisung vom 25.05.2016:
Elektrizitätswerk, Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Kapitalisierung
Projektgesellschaft Limmat Energie AG, Objektkredit, Abschreibung Postulat und
Motion**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 141, Beschluss-Nr. 2646/2017).

Helen Glaser (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der AL, weil die vorliegende Weisung nicht das umsetzt, was die SP will. Die AL möchte zwar einen Wärmeverbund in Altstetten, dieser soll unter der Federführung des ewz und in Zusammenarbeit mit Energie 360° realisiert werden. Die SP möchte keine AG, wenngleich sie den Vorschlag des Stadtrats nachvollziehen kann. Der Vorschlag des Stadtrats stellt eine mögliche Option dar, es gibt aber auch andere Optionen. Die Weisung hat einmal mehr das Projekt vorgeschlagen, das die SP abgeändert haben wollte. Die SP ist überzeugt, dass das ewz den Verbund auch alleine realisieren kann. Von Energie 360° erwarte ich, dass sich das Unternehmen dem Willen des Gemeinderats beugt, sich zum Wohl der Stadt Zürich verhält und kein eigenes Projekt lanciert oder neue Gasverträge abschliesst. Die Haltung der SP ist eine logische Konsequenz des Entscheids, die Weisung zur Rechtsformänderung des ewz zurückgewiesen zu haben. Die SP will keine AG, keine Ausgliederungen und keine Rechtsform, die das Mitspracherecht des Gemeinderats beschneidet. Es ist möglich, dass der Antrag der AL an der Ausgabenbremse scheitert. Speziell an diesem Fall ist, dass die Stadt bei Gutheissung des AL-Antrags gar nicht mehr Geld benötigt, da lediglich eine Verlagerung des Betrags, den die Energie 360° eingebracht hätte, hin zum ewz stattfindet. Ich erinnere daran, dass die Energie 360°

ebenfalls zu fast 100% der Stadt Zürich gehört. Klar ist, dass die heute anwesende Mehrheit des Gemeinderats einen Wärmeverbund in Altstetten unter Federführung des ewz wünscht.

Heinz Schatt (SVP): Welch eine Hektik bricht im Zusammenhang mit diesem Projekt im Stadtrat, der Verwaltung und in den Fraktionen des Gemeinderats aus. Es handelt sich um ein Projekt mit einem Zeithorizont von 32 Jahren und einem Kostenrahmen von 161 Millionen Franken. Zuerst beschliesst der Stadtrat in eigener Kompetenz eine AG zu gründen und diese mit 2 Millionen Franken auszustatten. Die AL ergreift einen Stimmrechtsrekurs und blockiert den Vorgang. Weil der Wärmetauscher im Werdhölzli im Zusammenhang mit der Baustelle zur Mikroverunreinigungsstufe gebaut werden muss, investiert der Stadtrat die 2 Millionen Franken, die zur Gründung der AG vorgesehen waren, in den Wärmetauscher. Der nächste Streich ist die vorliegende Vorlage. Zu dieser Vorlage hat die linke Ratsseite einen Textänderungsantrag eingereicht. Die SVP ist der Ansicht, dass ein Marschhalt notwendig ist. Es muss Schluss sein mit dieser Hektik, es besteht gar kein Anlass mehr, in Hektik auszubrechen, zumal der Wärmetauscher gebaut ist. Das Bereitstellen von 5,6 Millionen Franken ist unverantwortlich. Zuerst muss der Beweis erbracht werden, dass der Wärmeverbund wirtschaftlich betrieben werden kann.

Markus Kunz (Grüne): Die Grüne Fraktion unterstützt den Antrag der AL und in der Folge auch die Weisung, sollte die Ausgabenbremse gelöst werden. Scheitert der Antrag der AL an der Ausgabenbremse, lehnen wir die Weisung ab. Die Limmat Energie AG ist der Höhepunkt einer falschen Entwicklung. Es handelt sich um ein Paradebeispiel dafür, dass der Wildwuchs an Organisationseinheiten vernünftiges Handeln im Energiebereich verunmöglicht. Das Nahwärmeprojekt in Altstetten ist technisch vernünftig, strategisch richtig sowie ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Führt das ewz das Projekt aus, macht das unter allen Titeln Sinn, das ewz ist Willens und in der Lage dazu. Ich befürchte, dass Stadtrat Andres Türler versuchen wird, dem Gemeinderat Angst zu machen, dass das Projekt ohne Beteiligung von Energie 360° nicht realisiert wird. Dem ist nicht so. Das Projekt ist im Richtplan eingetragen und es wurden bereits Vorinvestitionen getätigt. Es ist folgerichtig, dass der Gemeinderat den Wildwuchs an Organisationseinheiten im Energiebereich nicht vergrössern, sondern verkleinern möchte. Seine Fraktion wartet noch immer auf eine seriöse Energieplanung anstelle einer Roadmap. Auch der Vorschlag einer Begleitgruppe für die Limmat Energie AG, bestehend aus Kommissionsmitgliedern, soll von der Tatsache ablenken, dass die Energie 360° AG offenbar schlecht steuerbar ist. Die Zusammenarbeit mit der Energie 360° AG soll erfolgen, dazu ist keine Gründung einer AG notwendig. Stimmt der Gemeinderat der Limmat Energie AG zu, untergräbt er seinen eigenen Beschluss zum Leistungsauftrag des ewz zum Erbringen von Energiedienstleistungen. Mit der Limmat Energie AG wird eine Konkurrentin geschaffen, was im Hinblick auf weitere, noch zu gründende Nahwärmeverbünde, sicher nicht schlau ist.

Dr. Mario Babini (parteilos): Bei der Limmat Energie AG handelt es sich nicht um eine AG, in der Private das Sagen haben, sondern die beiden stadteigenen Betriebe ewz und Energie 360° AG. Aus meiner Sicht gibt es keinen Grund, die Limmat Energie AG abzulehnen.

Christian Traber (CVP): Ich stelle fest, dass das Projekt grossmehrheitlich als sinnvoll betrachtet wird, gestritten wird über die Organisationsform der Gesellschaft, die den Nahwärmeverbund umzusetzen hat. Die CVP ist der Meinung, dass eine AG dem ewz die notwendige Flexibilität gibt. Mittelfristig macht eine Diskussion über die verschiedenen Organisationsformen der Energiedienstleister und -anbieter sicher Sinn. Im jetzigen Zeitpunkt ist die Gründung der Limmat Energie AG der einzige Weg, um dem

ewz, der Energie 360° AG und dem Stadtrat die nötigen Kompetenzen und Möglichkeiten zu geben. Ich bin überzeugt, dass die Risiken überschaubar und tragbar sind.

Sven Sobernheim (GLP): *Ich will den Rundumschlag von Markus Kunz (Grüne) etwas relativieren. Er hat ausgeführt, es bestehe ein Wildwuchs an Organisationseinheiten im Energiebereich. Das stimmt, doch hätte es eine einfache Lösung dafür gegeben, indem der Gemeinderat der Ausgliederung des ewz zugestimmt hätte. Stattdessen werden Motionen eingereicht, die genau diese Zusammenarbeit von ewz und Energie 360° verlangen. Es gibt einen Richtplaneintrag, das Projekt liesse sich gut umsetzen und droht nun an Pseudoargumenten zu scheitern. Es widerspricht in keiner Art und Weise dem Leistungsauftrag des ewz, Energiedienstleistungen mit einem Partner umzusetzen und nicht alleine. Der Leistungsauftrag besteht darin, Energiedienstleistungen anzubieten, ob das ewz das in einer Tochterfirma oder in Eigenregie macht, ist im Leistungsauftrag nicht definiert.*

Walter Angst (AL): *Ich erinnere mich, wie die EVP/CVP-Fraktion dagegen ankämpfte, dass die Einfamilienhausbesitzer in Zürich-Nord vom Gasnetz abgehängt wurden, zu spät und vergeblich! Jetzt verpasst die CVP den Anschluss schon ein zweites Mal. Christian Traber (CVP) ist als RPK-Mitglied zuständig für die ewz (Deutschland) GmbH, die RPK kämpft regelmässig mit Stadtrat Andres Türler, um überhaupt den Geschäftsbericht zu erhalten, um prüfen zu können, was mit den erneuerbaren Energien geschieht, Wie viel abgeschrieben werden muss, wie viel Mittel an das ewz zurückfliessen. Über die Gesellschaften, in denen das ewz noch eine Vertretung hat, werden die Zahlen dann jeweils geliefert, so dass die RPK im September des Folgejahres noch ein bisschen darüber diskutieren kann, was in den verschiedenen angegliederten Firmen und Aktiengesellschaften so läuft. Sobald eine Firma als AG organisiert ist, hört der Gemeinderat gar nichts mehr und hat nichts mehr zu sagen. Vorliegend geht es um den Kernbereich, um das Leitungsnetz in der Stadt Zürich.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Sobald das Thema der Fristigkeiten gelöst ist, bin ich gerne bereit, der RPK die Unterlagen zur ewz (Deutschland) GmbH zuzustellen. Von einem Kampf kann keine Rede sein. Es ist fast unbestritten, dass der Wärmeverbund Höngg-Altstetten etwas Gescheites ist. Altstetten ist ein Gasgebiet, aus dem sich Energie 360° geordnet zurückziehen muss. Der Stadtrat möchte das Projekt mit diesen beiden städtischen Unternehmungen erarbeiten. Es ist richtig, dass keine Hektik angesagt ist, denn Hektik führt zu kopflosem Handeln. Die Stadt Zürich entwickelt sich in Altstetten sehr stark, können diese Bauten nicht an das Netz angeschlossen werden, ist diese Option für die nächsten dreissig Jahre gestorben. Dann kann das Netz tatsächlich nicht wirtschaftlich betrieben werden. Aus diesem Grund muss vorwärts gemacht werden mit diesem Projekt, so dass die Anschlussverträge abgeschlossen werden können. Es macht Sinn, dass beide Unternehmungen zusammenarbeiten, die Synergien nutzen und koordiniert vorgehen. Das Projekt enthält auch Lehren aus den schlechten Entwicklungen in Zürich-Nord. Es möchten beide Unternehmungen zum Wohl der Kundinnen und Kunden und der Stadt Zürich am selben Strick ziehen. Steht am Schluss des Projekts fest, dass es wirtschaftlich ist, dann gibt es einen Antrag an den Gemeinderat, beziehungsweise an die Gemeinde um Erteilung der Mittel. Dort wird der Gemeinderat noch einmal die Wahl haben, wer das Projekt umsetzt. Ist es das ewz, die Limmat Energie AG, oder wird das Projekt abgebrochen, wie geht es weiter? Diesen Entscheid fällt der Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt, jetzt geht es darum, das Projekt zusammen zu entwickeln und zwar rasch.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für den Bau und den Betrieb des Pilots Energieverbund Altstetten und Höngg-West wird dem Elektrizitätswerk ein Objektkredit in der Höhe von Fr. 5 600 000.– bewilligt; darin enthalten sind auch die von der Stadt Zürich bzw. dem Elektrizitätswerk finanzierten Vorleistungen in der Höhe von Fr. 1 960 000.–.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Andreas Kirstein (AL), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit:	Roger Tognella (FDP), Referent; Pablo Büniger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Heinz Schatt (SVP)
Abwesend:	Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Andreas Kirstein (AL), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit:	Roger Tognella (FDP), Referent; Pablo Büniger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Heinz Schatt (SVP)
Abwesend:	Ronny Siev (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a und c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Roger Tognella (FDP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Büniger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Abwesend:	Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

- Zustimmung: Roger Tognella (FDP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Büniger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papa-georgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
- Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für den Bau und den Betrieb des Pilots Energieverbund Altstetten und Höngg-West wird dem Elektrizitätswerk ein Objektkredit in der Höhe von Fr. 5 600 000.– bewilligt; darin enthalten sind auch die von der Stadt Zürich bzw. dem Elektrizitätswerk finanzierten Vorleistungen in der Höhe von Fr. 1 960 000.–.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Postulat, GR Nr. 2015/403, der SP-Fraktion vom 11. Dezember 2015 betreffend Ausführung der Vorinvestition für das Anschlusswerk und die Leitungen zwischen der ARA Werdhölzli und dem Wärmeverbund Altstetten wird als erledigt abgeschlossen.
3. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2016/60, der AL-Fraktion vom 2. März 2016 betreffend Vorbereitung des Energieverbunds Altstetten, Aufstockung des Objektkredits, wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Februar 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 2. März 2017)

2660. 2016/323

Weisung vom 28.09.2016:

Postulat von Simon Kälin, Andreas Edelmann und 39 Mitunterzeichnenden betreffend Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea», Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2013/252, von Simon Kälin (Grüne), Andreas Edelmann (SP) und 39 Mitunterzeichnenden vom 26. Juni 2013 betreffend Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea» wird als erledigt abgeschlossen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Helen Glaser (SP): *Der Stadtrat hat dem Gemeinderat einen detaillierten Bericht vorgelegt, in dem Kommission und Gemeinderat über die Tätigkeiten der Wasserversorgung Zürich informiert werden. Ich danke für diesen umfassenden und*

interessanten Bericht. Die Kommissionmehrheit erachtet die Überlegungen des Stadtrats als plausibel und nachvollziehbar.

Kommissionsminderheit:

Simon Kälin (Grüne): *Es geht in dem Postulat darum, den Wissenstransfer und die Kooperation mit anderen öffentlich-rechtlichen Wasserversorgern in Europa sicherzustellen. Interessanterweise gehört die Wasserversorgung Genf zu den Gründungsmitgliedern von Aqua Publica Europea. Ich bin der Überzeugung, dass die Kommunikation über Kulturräume und Sprachgrenzen hinweg gefördert werden muss. Ich anerkenne und begrüsse die Mitgliedschaft und das Engagement der Wasserversorgung Zürich in mehreren Vereinen. Meine Fraktion wünscht eine bessere und aktive Vernetzung nach Südeuropa und ausserhalb des deutschen Sprachraums. Wasserversorgungen mit Infrastrukturen auf einem weniger hohen Niveau sollen als Partner in Betracht gezogen werden. Zweifellos bestehen zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten. Ein Beitritt zur Aqua Publica Europea bietet einen Plattform für den gegenseitigen Austausch. Ich sehe keinen unüberwindbaren Hinderungsgrund, der einen Beitritt zur Aqua Publica Europea verunmöglichen würde. Die Wasserversorgung Zürich weist 2015 einen Jahresgewinn von 13,6 Millionen Franken aus, da sollte es möglich sein, eine Stelle für die Verbandstätigkeit zu finanzieren.*

Weitere Wortmeldung:

Martin Bürlimann (SVP): *Die Wasserversorgung Zürich ist seit vielen Jahren Mitglied diverser wasserwirtschaftlicher Organisationen und Verbände und sehr gut vernetzt. Die Verantwortlichen haben dies in der Kommission einleuchtend geschildert. Es ist nicht klar, was eine Mitgliedschaft bei der Aqua Publica Europea der Stadt Zürich für Vorteile bringt.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit:	Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent; Andreas Kirstein (AL)
Enthaltung:	Mario Mariani (CVP)
Abwesend:	Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Das Postulat, GR Nr. 2013/252, von Simon Kälin (Grüne), Andreas Edelmann (SP) und 39 Mitunterzeichnenden vom 26. Juni 2013 betreffend Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea» wird nicht als erledigt abgeschrieben.

Mehrheit: Präsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit: Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent
Enthaltung: Mario Mariani (CVP)
Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit: Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent; Andreas Kirstein (AL)
Enthaltung: Mario Mariani (CVP)
Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit: Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent
Enthaltung: Mario Mariani (CVP)
Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2013/252, von Simon Kälin (Grüne), Andreas Edelmann (SP) und 39 Mitunterzeichnenden vom 26. Juni 2013 betreffend Wasserversorgung Zürich, Beitritt zum Netzwerk «Aqua Publica Europea» wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Februar 2017

2661. 2016/334

Weisung vom 05.10.2016:

Postulat der Grüne-Fraktion betreffend Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht zum Postulat, GR Nr. 2013/98 der Grüne-Fraktion vom 20. März 2013 betreffend Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2013/98 der Grüne-Fraktion vom 20. März 2013 betreffend Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, wird als erledigt abgeschlossen.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Markus Kunz (Grüne): *Mit dem Postulat GR Nr. 2013/98 haben wir den Stadtrat gebeten zu prüfen, wie Zürich Teil der Blue Community-Initiative werden kann und die Wasserversorgung eine Entwicklungszusammenarbeit mit einer Gemeinde in einem Entwicklungsland eingehen könnte. Die Initiative wurde vom Council of Canadians lanciert, eine Organisation für soziale und ökologische Gerechtigkeit. Die Initiative umfasst 22 Mitglieder, davon 18 aus Kanada. Die Rechtsnatur der Initiative ist nicht ganz klar, deswegen geht der Stadtrat davon aus, dass eine Mitgliedschaft eher als Selbstverpflichtung zu verstehen ist. Diese würde ein Bekenntnis zu den folgenden Punkten umfassen: erstens die Anerkennung des Rechts auf Wasser als Menschenrecht, zweitens die Anerkennung der Wasserversorgung als öffentliche Aufgabe, drittens Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser zu trinken und viertens die Pflege von Public Private Partnerships mit internationalen Partnern. Der Stadtrat sieht den ersten Punkt als rechtlich erfüllt, da in der Schweiz die Kantone und die Gemeinden die Wasserversorgung garantieren müssen. In der Stadt ist dies in der Verordnung über die Wasserabgabe geregelt. Die Verordnung legt jedoch nicht fest, dass die Wasserversorgung explizit eine öffentliche Aufgabe ist. Der Bezug von Wasser ist bei uns aber durch zahlreiche gesetzliche Bestimmungen gesichert und bezahlbar. Der Stadtrat sieht das Recht auf Wasser deshalb als umgesetzt. Zum zweiten Punkt verweist der Stadtrat auf die Wasserabgabeverordnung und stellt sich auf den Standpunkt, dass auch eine Selbstverpflichtung im Rahmen der Initiative keine zusätzliche Wirkung hätte. Den dritten Punkt lehnt der Stadtrat ab, da die Forderung entweder bereits erfüllt ist oder in gewissen Bereichen nicht erfüllbar ist. Die Stadtverwaltung fördert den Konsum von Leistungswasser seit langem, ein vollumfänglicher Verzicht auf Flaschenwasser ist aber nicht möglich. Den vierten Punkt lehnt der Stadtrat ebenfalls ab, da die Stadt und nicht die Wasserversorgung dafür zuständig wäre und die Wasserversorgung keine Gebührengelder für*

Entwicklungshilfeprojekte ausgeben darf. Der Stadtrat teilt jedoch die Haltung, dass eine staatliche Wasserversorgung am zuverlässigsten, gerechtesten und effizientesten in der Lage ist, das Menschenrecht auf Wasser umzusetzen, vorausgesetzt, die staatlichen Strukturen funktionieren. Dann möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, was Stadtrat Andres Türler auf die Frage, was der Stadtrat an seinen Sitzungen trinkt, geantwortet hat: «lötigs Hahnenwasser».

Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 1:

Helen Glaser (SP): *Auch bei dieser Weisung hat der Stadtrat sich die Mühe gemacht, dem Gemeinderat einen detaillierten Bericht vorzulegen. Ich danke der Wasserversorgung für die ausführliche Information. Die Mehrheit beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.*

Kommisionsminderheit Dispositivziffer 1 / Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 2:

Simon Kälin (Grüne): *Weltweit sterben mehr Menschen durch verschmutztes Wasser als durch irgendetwas anderes. Mehr als 700 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und rund zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Trinkwasser. Wir brauchen dringend Lösungen für die globale Wasserkrise, die sich vor dem Hintergrund des Klimawandels massiv verschärft. Die Schweiz ist keine Insel, wir tragen einen Anteil, indem wir Produkte importieren, deren Produktion sehr wasserintensiv ist. Niemand denkt beim Essen eines Hamburgers daran, dass für dessen Produktion etwa 2400 Liter Wasser benötigt wurden. Mit den schmelzenden Gletschern und der ansteigenden Schneefallgrenze gerät auch das Wasserschloss Schweiz aus dem Gleichgewicht, auch hier sind Menschen, Natur und Landwirtschaft von der Wasserknappheit bedroht. Gemäss Angaben der UNO gehen rund 80 % aller Erkrankungen in südlichen Ländern auf den Gebrauch von schmutzigem Wasser zurück. Es braucht wenig, um diese Situation zu verbessern. Ich bin überzeugt, dass eine öffentliche Wasserversorgung unter demokratischer Kontrolle der beste Weg ist, um den Zugang zu qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu gewährleisten. International gilt das Schweizer Modell als vorbildlich. Mit der Beteiligung der Wasserversorgung Zürich an der Blue Community-Initiative setzt die Stadt Zürich ein solidarisches Zeichen in einer Welt mit immer mehr Menschen, sich verschärfenden Krisen und Verteilungskämpfen. Solidarität ist vor diesem Hintergrund eine Pflicht. Ich fordere nebst den vier Grundsätzen der Blue Community-Initiative ein zusätzliches Engagement der Wasserversorgung Zürich im Form einer Entwicklungszusammenarbeit. Über den Grundsatz Nummer 3, Verzicht auf Flaschenwasser in der Stadtverwaltung, findet sich in der stadträtlichen Weisung wenig Konkretes. Insbesondere fehlen Zahlen zum aktuellen Konsum. Dieser Punkt ist von wesentlicher Bedeutung, dies auch im Kontext mit der 2000-Watt-Gesellschaft. Entsprechende Rückfragen aus der Kommission wurden nicht ausreichend beantwortet, dies mit der Begründung, der vertretbare Aufwand, dies zu evaluieren, würde überschritten. Zürich als zweite Blue Community neben der Stadt Bern hat sowohl ökologisches wie auch ökonomisches Potential.*

Kommisionsminderheit Dispositivziffer 2:

Guido Hüni (GLP): *Die Minderheit der Kommission ist sich der Wichtigkeit von Wasser durchaus bewusst. Es geht vorliegend um den Beitritt zur Blue Community-Initiative und nicht um die Lösung der Menschheitsprobleme. Es sind alle Argumente vorhanden, um das Postulat abzuschreiben: Das Menschenrecht auf Wasser ist in der Stadt Zürich umgesetzt, die Wasserversorgung befindet sich in der öffentlichen Hand, so dies möglich ist, wird in der Stadtverwaltung Leitungswasser getrunken. Die Pflege*

der Public-Public-Partnerschaften gehört in den Bereich Entwicklungshilfe und kann nicht von einer städtischen Dienstabteilung vollzogen werden. Es macht wenig Sinn, wenn Angestellte der Zürcher Wasserversorgung in ein Entwicklungsland reisen, die technologischen Differenzen sind schlicht zu gross.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Edelmann (SP): *Der wichtige Punkt mit dem Verzicht auf Flaschenwasser in der Stadtverwaltung ist nicht umgesetzt, da gibt es einiges zu optimieren. Im Rahmen der Fragenbeantwortung in der Kommission wurde darüber informiert, dass die Stadt Zürich sich in der Entwicklungszusammenarbeit an Wasserprojekten beteiligt, nur findet dies nicht im Rahmen der Wasserversorgung statt, die gebührenfinanziert ist. Doch warum kann die Wasserversorgung nicht Teil der Blue Community-Initiative sein, erfüllt sie deren Kriterien doch grossmehrheitlich. Es handelt sich lediglich um ein Bekenntnis zu den Zielen der Initiative, mehr ist damit nicht verbunden. Interessant ist, dass die Stadt Zürich auf der Webseite der Blue Community-Initiative als Mitglied genannt wurde, im Laufe der Weisungsberatung ist dieser Eintrag wieder von der Webseite verschwunden.*

Martin Bürlimann (SVP): *Menschenrechte schützen den Menschen vor seinem eigenen Land, bieten Schutz vor Verfolgung, Folter, etc. Menschenrechte geben keinen Anspruch auf eine Leistung. Sie schaffen mit ihren Vorstellung von Menschenrechten diese Ansprüche: Recht auf Wohnung, auf Arbeit, auf Wasser. Beim Recht auf Wasser handelt es sich um eine Leistung, für die andere bezahlen müssen. Das ist eine fatale Entwicklung.*

Simon Kälin (Grüne): *Ich habe die persönliche Kolumne von Stadtrat Andres Türler aus dem Tagblatt vom Juli 2009 mit dem Titel «Züri Wasser ab em Hahne, mein Favorit» mitgebracht. Liest man den Artikel, eignet sich Stadtrat Andres Türler als Botschafter der Blue Community-Initiative.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Es ist hervorragend, dass du meine Kolumne gelesen hast und auch daraus zitierst. Ich habe diese 2009 geschrieben und das schon damals begriffen. Die Kolumne – auf die ich von vielen Personen angesprochen wurde – hatte das Ziel, an die Eigenverantwortung der Menschen zu appellieren. Du, Simon Kälin (Grüne), wünschst Vorschriften, das ist ein grundlegender Unterschied zwischen uns beiden. Ich möchte die Menschen motivieren, sich im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft, der Nachhaltigkeit zu verhalten, du möchtest sie bevormunden.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht zum Postulat, GR Nr. 2013/98 der Grüne-Fraktion vom 20. März 2013 betreffend Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit: Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent
Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Das Postulat, GR Nr. 2013/98 der Grüne-Fraktion vom 20. März 2013 betreffend Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, wird nicht als erledigt abgeschrieben.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Andreas Kirstein (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP)
Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit: Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent
Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Andreas Kirstein (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Pablo Bünger (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Guido Hüni (GLP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP)
Abwesend: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht zum Postulat, GR Nr. 2013/98 der Grüne-Fraktion vom 20. März 2013 betreffend Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2013/98 der Grüne-Fraktion vom 20. März 2013 betreffend Beitritt zur «Blue Community-Initiative» sowie Prüfung einer Entwicklungszusammenarbeit der Wasserversorgung Zürich, wird nicht als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Februar 2017

2662. 2016/337

Weisung vom 05.10.2016:

Elektrizitätswerk, Museum Haus Konstruktiv, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst, Sponsoringbeiträge 2017–2019

Antrag des Stadtrats

Dem Elektrizitätswerk werden befristete Sponsoringbeiträge an die Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst, Museum Haus Konstruktiv, von maximal Fr. 108 000.– (einschliesslich Mehrwertsteuer) jährlich wiederkehrend für die Jahre 2017–2019 bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Guido Hüni (GLP): *Das Museum Haus Konstruktiv ist ein wichtiger Akteur in der Zürcher Museumslandschaft, die Besucherzahlen steigen stetig. Das Museum leistet qualitativ hochstehende Arbeit und erfreut sich dank einer sehr lebendigen Kunstvermittlung zunehmender Beliebtheit. In der Fachwelt erfreut sich das Museum lebhafter Beachtung, was wiederum zur Bekanntheitssteigerung des ewz beiträgt.*

Kommissionsminderheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Das ewz betreibt seit einigen Jahren ein Kultursponsoring im Museum Haus Konstruktiv. Die SVP unterstützt grundsätzlich die Sponsoringaktivitäten des ewz. Sponsoring ist eine zeitgemässe Form der Unternehmenskommunikation, zumal das ewz zunehmend dem Markt ausgesetzt ist. Es braucht Kundenbindung und Präsenz am Markt. Im konkreten Fall zweifelt die SVP an der Sinnhaftigkeit des Sponsoringengagements, vielmehr handelt es sich um eine versteckte Subvention. Ich erinnere an die Diskussion der Weisung zum Haus Konstruktiv, die kürzlich in diesem Rat stattgefunden hat und verweise auf das Votum meines Kollegen Dr. Daniel Regli (SVP). Die Gesamtsubvention für das Haus Konstruktiv ist weit überrissen. Ich verweise auf die Sponsoringstrategie des ewz, die in der Kommission vorgestellt wurde, dort*

heisst es, dass eine Fokussierung auf das Wesentliche stattfinden und weniger Nischenengagements getätigt werden sollen. Es steht ausdrücklich, dass die Sponsoringaktivitäten im ewz Unterwerk Selnau reduziert werden sollen. Jetzt hätte man Gelegenheit gehabt, die Sponsoringaktivität ganz einzustellen. Weshalb das Sponsoring für das Museum Haus Konstruktiv nochmals vier Jahre laufen soll, ist nicht einsichtig. Ich verlange, dass in Zukunft auch unangenehme Entscheide gefällt und Sponsoringaktivitäten gestrichen werden, wenn sie nicht mehr notwendig sind.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): Die Ablehnung der AL richtet sich nicht gegen das Museum Haus Konstruktiv, sondern gegen die Sponsoringaktivitäten als Konzept einer Dienstabteilung der Stadt Zürich. Vorliegend handelt es sich um eine zusätzliche Subventionierung. Braucht ein Museum nachweisbar mehr Geld, soll dies in den Subventionsvertrag aufgenommen werden und nicht durch eine Subventionierung mittels Sponsoringbeitrag einer Dienstabteilung der Stadt Zürich passieren.

Michel Urben (SP): Für die SP stellt das ewz-Kultursponsoring keine zusätzliche Subventionierung dar. Das ewz ist ein Unternehmen, das in der Privatwirtschaft bestehen muss. Das Museum Haus Konstruktiv hat freiwillig eine Senkung des Sponsoringbeitrags vorgeschlagen, weil sie diesen Betrag nicht brauchen.

Markus Kunz (Grüne): Ich habe noch immer nicht begriffen, weshalb das ewz einen Eishockeyclub sponsert. Ganz grundsätzlich ist meine Fraktion eher skeptisch, wenn es um Sponsoring geht. Im vorliegenden Fall macht das Sponsoring noch am ehesten Sinn, hier kommt mit den wechselseitigen Aktivitäten und durch die Mitbenutzung der Liegenschaft ein Austausch in Gang.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Guido Hüni (GLP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Büniger (FDP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Andreas Edelmann (SP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Andreas Kirstein (AL), Heinz Schatt (SVP)
Abwesend:	Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Dem Elektrizitätswerk werden befristete Sponsoringbeiträge an die Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst, Museum Haus Konstruktiv, von maximal Fr. 108 000.– (einschliesslich Mehrwertsteuer) jährlich wiederkehrend für die Jahre 2017–2019 bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Februar 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 2. März 2017)

2663. 2016/362

**Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 26.10.2016:
ewz, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für neue Energiedienstleistungs-
projekte**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Helen Glaser (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2336/2016): Es handelt sich um ein Zeichen, dass die drei Parteien AL, Grüne und SP zwar der Rechtsformänderung des ewz nicht zustimmten, dass man dem ewz als Dienstabteilung der Stadt Zürich aber durchaus den notwendigen Spielraum geben möchte, um am globalisierten Markt bestehen zu können. Das ewz hat den Leistungsauftrag, Energiedienstleistungen zu erbringen und wir möchten, dass das Unternehmen den dafür nötigen Spielraum erhält. Soweit ich informiert bin, plant der Stadtrat ohnehin eine entsprechende Weisung für einen Rahmenkredit zur Erbringung von Energiedienstleistungen. Insofern ziehen wir fast alle am selben Strick. Die Parteien AL, Grüne und SP mussten sich immer wieder Kritik anhören, man habe dem ewz mit der Rückweisung der Rechtsformänderung keinen Gefallen getan. Für mich steckt hinter dieser Aussage ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Bei der Rückweisung der Weisung zur Rechtsformänderung handelt es sich um einen demokratischen Entscheid des Gemeinderats, es gab klare Mehr- und Minderheiten. In ihrem Verständnis sollten alle Fraktionen des Gemeinderats einen solchen Entscheid akzeptieren, auch jene, die sich ein anderes Resultat gewünscht haben. Eine gute, konstruktive Politik ist nur möglich, wenn Entscheide von allen akzeptiert und unter den gegebenen Rahmenbedingungen weitergearbeitet wird. Ich stelle fest, dass die GLP nicht bereit ist, die folgenden Motionen zu unterstützen, genau mit der vorgenannten Argumentation, dass die Parteien AL, Grüne und SP dem ewz „eine Suppe eingebrockt“ haben und sie nicht dabei helfen, diese nun auszulöffeln. Die Anliegen der Motion sind durch und durch grün, es ist also nicht einsichtig, weshalb die Grünliberale Partei diese nicht unterstützt. Die Motion ist für uns ein pragmatischer und gangbarer Weg für das ewz.

Roger Tognella (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 9. November 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Dass der Stadtrat die Motion entgegennehmen möchte ist für ihn nicht weiter verwunderlich, immerhin handelt es sich um ein Geschenk an das ewz in der Höhe von 200 Millionen Franken. Das Problem ist damit aber nicht gelöst. Der Gemeinderat pumpt Geld in ein System, ohne dass er weiss, was man als Gegenwert dafür erhält. Schaut man den Rahmenkredit genau an, ist er gebunden an sehr viele formale Hürden. Eigentlich möchte die Ratslinke sehr genau kontrollieren, wie jeder einzelne der 200 Millionen Franken eingesetzt wird. Letztendlich hat das Volk das letzte Wort, ob es dem Rahmenkredit zustimmen möchte.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wir respektieren den demokratischen Entscheid sehr wohl. Die drei Parteien AL, Grüne und SP haben entschieden, dass das ewz nicht ausgegliedert werden soll, weil sie sehen möchten, was das ewz macht, weil sie mitreden möchten. Nun fordern genau diese drei Parteien einen Rahmenkredit, bei diesen 200 Millionen Franken sprechen wir dann nicht mehr mit. Egal, ob ein Projekt 10 oder 150 Millionen Franken kostet, der Gemeinderat hat dazu nichts mehr zu sagen. Ihr fordert im gleichen Atemzug, wie ihr mehr demokratische Mitsprache fordert, einen Rahmenkredit. Das ist ein Widerspruch. Es ist nicht so, dass die GLP die Wichtigkeit der Rahmenkredite nicht anerkennt, sie sind ein Instrument, wie das ewz in dieser

Übergangsphase weiterarbeiten kann. Doch Rahmenkredite sind keine Lösung. Entweder ist die Motion so gut mit dem Stadtrat abgesprochen, dass die 200 Millionen Franken auch in einer Weisung beantragt werden könnten, dann braucht es die Motion nicht. Ist der Betrag von 200 Millionen Franken aber total aus der Luft gegriffen und der Gemeinderat spricht einfach einmal Geld, obschon er gar nicht weiss, wie viel überhaupt benötigt wird, dann ist das fast noch schlimmer. Wir sind wirklich der Meinung, dass die beiden Motionen nicht zum richtigen Zeitpunkt kommen. Was es jetzt braucht ist eine Auslegeordnung aller Gelder, die der Stadtrat braucht. Bis klar ist, wie es weitergeht, soll er dem Gemeinderat Objektkredite in einer Weisung beantragen.

Heinz Schatt (SVP): Aus dem Geld der Stromgebührenzahler und Steuerpflichtigen soll ein 200 Millionen Franken Rahmenkredit gesprochen werden, der dem ewz erlaubt, nach Belieben Energiedienstleistungsprojekte zu finanzieren. Vor lauter Freude an Projekten mit erneuerbarer Energie geht vergessen, sich über die finanzpolitischen Folgen Klarheit zu verschaffen. Energiedienstleistungsgeschäfte verfügen üblicherweise über einen Zeithorizont von 30 Jahren, das aufgewendete Kapital wird erst nach 20 Jahren zurückbezahlt, Gewinne fallen erst in den Jahren 20 bis 30 an. Solche Geschäfte zeichnen sich durch eine überaus lange Kapitalbindung aus. Einen Rahmenkredit in Zeiten allergrösster Unsicherheit im Energiesektor erachten wir als unvorsichtig und unverantwortlich. Das ewz steht vor grossen Investitionen für die Rekonzessionierung von Wasserkraftwerken. Dafür müssen Reserven angelegt und nicht jeder verdiente Franken in Energiedienstleistungsgeschäfte investiert werden. Und schon gar nicht in Projekte, die irgendwo in der Schweiz, ausserhalb der Stadt Zürich stattfinden.

Markus Kunz (Grüne): Was wir hier machen ist ganz normale konsistente Politik. Das ewz hat von diesem Rat einen Leistungsauftrag zur Erbringung von Energiedienstleistungen erhalten. Der Gemeinderat hat die Rechtsform gesichert, damit das ewz funktionieren kann. Der dritte logische Schritt ist nun, dass der Gemeinderat das ewz mit Mitteln ausstattet, damit es den Leistungsauftrag erfüllen kann und dabei einen gewissen Spielraum hat. Und letztendlich wird das Volk darüber entscheiden können, ob es diesen Rahmenkredit bewilligen möchte oder nicht.

Andreas Edlmann (SP): Ich erinnere daran, dass es sich bei Rahmenkrediten um ein altbewährtes Mittel handelt, das der Stadtrat schon vor mehr als zehn Jahren erstmals beantragt hat. Rahmenkredite haben den Vorteil, dass das ewz mit potentiellen Geschäftspartnern unter Geheimhaltung verhandeln und Verträge abschliessen kann. Ich erinnere daran, dass das Volk die Rahmenkredite immer mit einer sehr deutlichen Mehrheit angenommen hat. Die Ziele der Rahmenkredite haben die Bevölkerung überzeugt, sie waren sinnvoll. Hätte das ewz keine Rahmenkredite gehabt, hätte es diverse Projekte nicht realisieren können und der Gemeinderat hätte Mittwoch für Mittwoch Projekte aus dem ewz diskutieren müssen. Unter der Verweigerungshaltung der bürgerlichen Parteien leidet letztendlich das ewz, weil nicht weitergearbeitet werden kann.

Mario Mariani (CVP): Auch die CVP hat sich die Rechtsformänderung gewünscht, nun ist es nicht so gekommen. Die beiden Motionen scheinen beim Stadtrat offene Türen einzurennen. Die CVP geht pragmatisch vor und wird daher beide Motionen unterstützen.

Roger Liebi (SVP): Das ewz konnte gewisse Rahmenkredite gar nicht verwenden, weil es gar nicht so viele Projekte gibt. Nun möchten AL, Grüne und SP dem ewz noch mehr Geld geben. Ich bin mir nicht sicher, ob das Volk einem weiteren Rahmenkredit zustimmt, wenn man aufzeigen kann, dass das Geld aus dem letzten Rahmenkredit noch gar nicht aufgebraucht ist.

Walter Angst (AL): *Der Rahmenkredit im Bereich Energiedienstleistungen ist aufgebraucht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Der Grund, weshalb in letzter Zeit über konkrete Energiedienstleistungsprojekte abgestimmt werden musste, liegt darin, dass der Rahmenkredit nur noch 18 Millionen Franken enthält, was nicht ausreicht, um ein Projekt zu realisieren. Vor 14 Jahren war es dem Gemeinderat zu blöd, jedes Projekt diskutieren zu müssen, darum hat er damals einen Rahmenkredit gefordert. Ich kündige an, dass auch der Windkredit ziemlich bald erschöpft ist. Es werden keine Kredite auf Vorrat angehäuft.*

Die Motion wird mit 68 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2664. 2016/363

**Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 26.10.2016:
ewz, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für Beteiligungen an Energieerzeugungsanlagen mit erneuerbarer Energieproduktion**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Helen Glaser (SP) *begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2337/2016) und zieht sie zurück: Die AL, Grünen und die SP wollten mit dieser Motion ein Zeichen setzen. Inzwischen liegt eine Weisung des Stadtrats zum selben Thema vor, weshalb die Motion zurückgezogen wird.*

Mitteilung an den Stadtrat

2665. 2016/468

**Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 21.12.2016:
Verlängerung der Haltestelle Glaubtenstrasse stadtauswärts an der Wehntalerstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hans Jörg Käppeli (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2576/2016): Wir haben drei Postulate eingereicht. Da diese aber unterschiedlichen Departementen zugewiesen sind, steht heute erst das Postulat zur Glaubtenstrasse zur Debatte. Das Quartier Affoltern wächst, die Wehntalerstrasse als Autobahnzubringer ist am Limit und hat täglich Stau. Der wichtigste Teil der Erschliessung des Quartiers mit dem öffentlichen Verkehr bilden die Buslinien 32, 61 und 62, die allesamt auf der Wehntalerstrasse verkehren. Die Buslinien führen die Negativlisten der meistverspäteten Buslinien an. Die Busse verkehren in der Hauptverkehrszeit im Sechs-Minuten-Takt, die*

Linie 32 wird ganztätig mit Doppelgelenkbussen geführt. Trotzdem sind die Busse überfüllt und vor allem verspätet. Eine weitere Taktverdichtung ist nicht bezahlbar und nicht stabil betreibbar. Eine wirkliche Abhilfe würde erst das Tram Affoltern schaffen, dies frühestens in zehn Jahren, sofern der Stadtrat endlich einen Planungsauftrag vom Regierungsrat erhält. Es braucht aber jetzt Massnahmen für eine substanzielle Verbesserung der Buslinien. Massnahmen gemäss den Vorstössen aus dem Gemeinderat sind kein Thema in der Weisung zu den durchgehenden Busspuren. Es ist aus dieser Sicht legitim und zulässig, dass Massnahmen mit Vorstössen gefordert werden, selbst wenn sich eine Weisung in Beratung befindet. Es gibt eine einfache und kostengünstige Massnahme bei der Haltestelle Glaubtenstrasse stadtauswärts. Dort behindern sich die Busse gegenseitig, aber auch Bus und motorisierter Individualverkehr. Die Haltestelle ist zu kurz, als dass ein Gelenk- und ein Doppelgelenkbus gleichzeitig halten können. Der zweite Bus kann nicht in die Haltestelle fahren, was regelmässig zu Verspätungen führt. Das ist für die ohnehin schon überlasteten und verspäteten Buslinien fatal. Sonst bekämpfen die VBZ jede drohende Verspätung bereits im Sekundenbereich. Kann der zweite Bus nicht einfahren, behindert er auch den motorisierten Individualverkehr, was zu noch mehr Stau führt. Die Haltestelle kann mit kleinen baulichen Massnahmen und geringen Kosten verlängert werden. Das Land befindet sich im Besitz der Stadt Zürich, es ist kein Bauland und wird für das Tram Affoltern ohnehin gebraucht. Es werden keine Rechte von Dritten beansprucht, das Projekt könnte sofort gemäss §16 bewilligt werden.

Stephan Iten (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. Januar 2017 gestellten Ablehnungsantrag: *Die permanenten Vorstösse zur Wehntalerstrasse sind mühsam, zumal bereits mehrfach erklärt wurde, weshalb eine durchgehende Busspur nicht realisierbar ist. Jetzt muss auch noch die Busstation Glaubtenstrasse daran glauben. Was hat denn bitte die Verspätung mit der zu kurzen Haltestelle zu tun? Taktgebend ist das Lichtsignal, auch bei einer längeren Busstation kann der Bus nicht schneller losfahren. Betrachte ich die Buslinien 32 und 62, dann haben die Verspätungen nichts mit der Haltestelle Glaubtenstrasse zu tun, die finden ganz woanders statt. Der motorisierte Individualverkehr staut sich auch nicht wegen dem Bus. Grund für den Stau ist, dass die Autofahrer, die links in die Binzmühlestrasse abbiegen, gleichzeitig grün haben wie die geradeausfahrenden Autos. Muss der Linksabbiegende wegen einem Fussgänger warten, staut sich der gesamte Verkehr. Weiter behauptet Hans Jörg Käppeli (SP), dass keine baulichen Investitionen erforderlich sind, die beim Bau der Tramlinie wieder abgebrochen werden müssten. Woher wisst ihr, wie die Pläne des Tram Affoltern aussehen werden, wenn nicht einmal der Stadtrat das weiss. Erforderte die Verlängerung der Busspur nur bescheidene bauliche Massnahmen, müsste das Trottoir aufgehoben werden, denn hinter dem Trottoir geht es steil die Böschung hinunter, da können die baulichen Massnahmen gar nicht einfach sein. Ich gehe nicht davon aus, dass die Postulanten auf das Trottoir verzichten wollen, also kann von einfachen baulichen Massnahmen keine Rede sein. Ich schlage vor, abzuwarten wie die Pläne zum Tram Affoltern aussehen und nicht jetzt schon Geld für unnötige und teure Massnahmen auszugeben.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Es ist seit dem Artikel im Zürich-Nord klar, dass das Tram Affoltern beim Radiostudio durchfährt, dass auch die Probleme am Zehntenhausplatz gelöst zu sein scheinen. Im Zürich-Nord ist zu lesen, dass dem Tram Affoltern nur noch das Restaurant Frieden im Weg steht. 2027 soll das Tram Affoltern fahren, also in zehn Jahren, das sind Fakten, die bekannt sind. Zehn Jahre die Arme zu verschränken, nichts zu tun und abzuwarten ist keine Lösung. Für kurzfristige Massnahmen, die dem Betrieb helfen, kann auch Geld bewilligt werden, auch wenn eine Planung am Laufen*

ist.

Thomas Kleger (FDP): Wir haben das Postulat sehr genau geprüft und sind geteilter Meinung. Das Postulat enthält gute Ansätze, die FDP ist aber der Ansicht, dass solange noch kein Konzept für die Erfüllung der Motion für eine durchgehende Busspur steht, der Verwaltung nicht noch mehr Aufträge erteilt werden sollten. Diese Thematik soll im Zusammenhang mit der Weisung zur durchgehenden Busspur diskutiert werden.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP ist der Meinung das Postulat komme zur Unzeit. Die Thematik Wehntalerstrasse ist in der Kommission in Behandlung, sie schliesst sich der Haltung von Thomas Kleger (FDP) an, dass dies im Rahmen der Weisungsberatung diskutiert werden muss. Ich glaube nicht, dass das Problem durch die Verlängerung der Haltestelle gelöst werden kann. Es ist eine Massnahme, die wenig bringt und viel kostet.

Markus Knauss (Grüne): Es ist bekannt, dass Grossprojekte wie der Bau einer neuen Tramlinie sehr anspruchsvoll, teuer und langwierig sind. Wir wissen nicht, wie die Planung des Tram Affoltern weiter geht, wir wissen aber, dass die Priorität der zuständigen Regierungsrätin sicher nicht bei diesem Projekt liegt. Auch gehe ich davon aus, dass das kantonalzürcher Stimmvolk sich noch zum Tram Affoltern wird äussern müssen, so dass unklar ist, ob die Tramlinie jemals gebaut wird. Das Problem wird also sicher noch zehn Jahre weiterbestehen. Die Beratung der Weisung für eine durchgehende Busspur in der Kommission ist ausgesetzt, da der Planungshorizont zu lange ist. Wir probieren nun mit einfachen Massnahmen, eine Verbesserung der Situation hinzubringen. Die Kommission hat nie über diese Idee der Haltestellenverlängerung diskutiert, darum wird sie nun mittels Vorstoss lanciert und in die politische Diskussion eingebracht.

Andreas Egli (FDP): Ich stelle fest, dass die links-grüne Mehrheit mit dem Verlauf der Diskussion über die durchgehende Busspur in der Wehntalerstrasse nicht ganz zufrieden ist. Ich schliesse aus dem Verhalten, die neue Praxis ist dann einfach, Postulate einzureichen. Meine Fraktion wird sich daran ein Beispiel nehmen. Ob das insgesamt der Kommunikation und der Diskussion in der Kommission dient, wage ich zu bezweifeln. Ich hätte es begrüsst, dieses Thema in der Kommission zu diskutieren.

Das Postulat wird mit 72 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2666. 2017/2

**Postulat von Mario Mariani (CVP), Mathias Manz (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 11.01.2017:
Freilager-Areal in Albisrieden, bessere Anbindung an das Busnetz**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2667. 2017/17

Schriftliche Anfrage von Ursula Uttinger (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) vom 25.01.2017:

Art und Umfang der externen Unterstützung im HR-Umfeld pro Departement sowie Gründe für die externe Vergabe der Dienstleistungen

Von Ursula Uttinger (FDP) und Raphaël Tschanz (FDP) ist am 25. Januar 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich verfügt mit HR Stadt Zürich einerseits über eine zentrale HR-Abteilung mit eigenen Spezialisten. Andererseits hat jedes Departement seine eigenen internen und externen HR-Spezialisten des Vertrauens. Die HR-Abteilung hat Spezialisten für praktisch sämtliche Spezialthemen. Und dennoch gibt die Stadt Zürich jedes Jahr einen sechs- bis siebenstelligen Betrag an Externe für Unterstützung im HR-Umfeld aus.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die Beträge pro Departement gem. Rechnungen 2013 bis 2015, die an externe Dienstleister für HR-Leistungen (Beratung, Rekrutierung und Durchführung von Rekrutierungsprozessen, Rekrutierungsbegleitung, Assessment, Coaching von Führungspersonen, Aus-, Fort- und Weiterbildung, Konzepte, Moderation von Workshops, Führungsunterstützung, Nachwuchsförderung, etc.) ausbezahlt worden sind?
2. Wie hoch waren die Beiträge pro Departement für Strategie-Unterstützung in denselben Rechnungsjahren?
3. Wie hoch waren diese Beträge pro Dienstleister in den letzten 10 Jahren – aufgeschlüsselt pro Jahr und pro Departement?
4. Hat HR Stadt Zürich eine Übersicht darüber, welche HR-Dienstleistungen von der städtischen Verwaltung extern eingekauft werden? Falls nein, warum nicht?
5. Falls die Frage unter 4. mit Nein beantwortet wird, wie kann das FD bzw. HR Stadt Zürich eine einheitliche, stadtübergreifende HR-Strategie umsetzen bzw. sicherstellen?
6. Welches sind die Gründe, weshalb die Dienstleistungen extern vergeben worden sind?
7. Warum sind die HR-Spezialisten der Stadtverwaltung nicht in der Lage, diese Leistungen selbst zu erbringen?

Mitteilung an den Stadtrat

2668. 2017/18

Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL) und Rosa Maino (AL) vom 25.01.2017: Entscheid der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz bezüglich einer generellen Abmeldemöglichkeit in der Pilotschule Aegerten für die gebundenen Mittag, Gründe für den Entscheid und mögliche Auswirkungen auf andere Schulen sowie Angaben über weitere Konzeptänderungen am Projekt Tagesschule 2025

Von Walter Angst (AL) und Rosa Maino (AL) ist am 25. Januar 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss einem Schreiben des Präsidenten der Kreisschulpflege Uto vom Januar 2017 hat „die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz der Stadt Zürich (...) für die Weiterentwicklung der Tagesschule 2025 beschlossen, dass zukünftig eine generelle Abmeldemöglichkeit für die gebundenen Mittag besteht“. Für die Schule Aegerten bedeute dies, dass die Kinder, welche sich vom Tagesschulbetrieb abmelden, nicht mehr in eine andere Schule umgeteilt werden, sondern trotzdem den Unterricht sowie die freiwilligen Betreuungangebote der Schule Aegerten nutzen dürfen. Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der

folgenden Fragen

1. Bitte um Zustellung des Beschlusses der Präsidentenkonferenz (PK).
2. Betrifft der Beschluss der PK nur die Projektphase (freiwilliges Modell), oder handelt es sich um eine Konzeptanpassung für die Tagesschule 2025, die auch für die Phasen 2 und 3 gelten soll?
3. Welche Gründe führten zu diesem Entscheid?
4. Ist der Stadtrat von der PK vorgängig konsultiert worden?
5. Sind neben den Eltern von Schülerinnen und Schülern, die in der Pilotschule Aegerten unterrichtet werden oder unterrichtet werden sollen, noch Eltern anderer Schulen direkt betroffen vom Beschluss der PK?
6. In der Antwort auf die Anfrage 2016/67 (Frage 9) hat der Stadtrat die Zahl der Abmeldungen von der gebundenen Tagesschule per Mai 2016 mitgeteilt. Bitte um Zustellung der aktualisierten Tabelle per Schuljahresbeginn (August 2016).
7. Wie unterscheidet sich das Betreuungsangebot in Tagesschulen für Schüler/-innen bzw. Eltern, die sich für die gebundenen Mittagessen anmelden von jenem, für die sie sich für die gebundenen Mittagessen nicht anmelden (Angebote und Preise für Betreuung während der Schule, an schulfreien Tagen und während den Ferien).
8. Hat die PK weitere Konzeptänderungen beschlossen, die zu Änderungen am Projekt Tagesschule 2025 führen, wie sie dem Gemeinderat im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Projektphase 1 am 4. März 2015 vorgelegt worden sind?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 1. Februar 2017, 17 Uhr.